

Wie positioniert sich Ihre Partei zu folgenden Themen?

Verbandsklagerecht auf Bundesebene

In acht Bundesländern gibt es mittlerweile das Verbandsklagerecht. Die von Kritikern gefürchtete Klageflut blieb bisher aus, vielmehr nutzen die anerkannten Tierschutzvereine vermehrt ihr Mitwirkungsrecht und arbeiten mit den Behörden zur Sicherung des Tierwohls zusammen. Das Verbandsklagerecht sorgt somit dafür, dass die Tiere endlich eine Stimme bekommen und zeigt sich als gutes Instrument, um bessere Haltungsbedingungen durchzusetzen.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbandsklagerecht für Tierschutzvereine auf Bundesebene einsetzen?

Hierzu gibt es von Seiten der AfD bislang noch keinen Beschluss. Wir werden Ihre Frage aufnehmen und hierzu nach der Wahl eine Analyse der Chancen und Probleme erarbeiten und auf dieser Grundlage eine Position erarbeiten.

Tierschutzgesetz

Seit 2002 steht der Tierschutz als Staatsziel im Grundgesetz, doch auch 15 Jahre danach weist das Tierschutzgesetz gravierende Lücken auf. Zwar gibt es ein grundsätzliches Verbot, Tieren ohne vernünftigen Grund Schmerzen und Leiden zuzufügen, doch gibt es dazu in allen Bereichen zu viele Ausnahmen.

Wird sich Ihre Partei für eine Überarbeitung des Tierschutzgesetzes einsetzen, die diese Ausnahmen auf ein Minimum beschränkt?

Die Position der AfD wird hier deutlich in unserem Grundlagenprogramm aufgedrückt: „Tiere sind Mitgeschöpfe und keine Sachgegenstände. Ausnahmen für grausame und unnötige Tierversuche darf es hier auch in der Wissenschaft nicht geben. In diesem Sinne werden wir das aktuelle Tierschutzgesetz einer genaueren Überprüfung unterziehen und erforderliche Änderungen vorschlagen.“

Nutztiere

Hochleistungszuchten

Im Nutztierbereich ist die Zucht spezialisierter Hochleistungshybride Standard. Legehennen, Puten, Milchkühe und Schweine werden nur für den Zweck gezüchtet, besonders viel Milch, Eier oder Fleisch zu erzeugen. Diese Hochleistungszucht führt zu starken gesundheitlichen Schäden der Tiere und hat beispielsweise das millionenfache Schreddern von männlichen Küken der Legehennen zur Folge. Zweinutzungsrasen, die für die Erzeugung von Fleisch und anderen tierischen Produkten gleichermaßen genutzt werden können, haben kommerziell keine Bedeutung.

Wird sich Ihre Partei für eine Förderung der Zweinutzungsrasen und eine Einschränkung der Nutzung von Hochleistungshybriden einsetzen?

In der industriellen Tierhaltung ist die Zucht spezialisierter Hochleistungshybride aufgrund des Effizienzgebotes, Preisvorteilen und der Ausrichtung auf den internationalen Markt Standard. Eine Lösung sieht die AfD hier nicht im Verbot dieser Hybride, sondern in der Förderung bäuerlicher Familienbetriebe und Genossenschaften. Zweinutzungsrasen werden bevorzugt gezüchtet, in kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Betrieben, die auf gesunde und widerstandsfähige Tiere Wert legen. Wir sehen die Lösung der Probleme nicht alleine darin, die Auswirkungen zu bekämpfen, sondern die Ursachen strukturell achtsam umzugestalten. Landwirtschaft und landwirtschaftliche Produktion sollte auch in kleineren landwirtschaftlichen Betrieben zukünftig möglich sein.

Eingriffe an Tieren in der Landwirtschaft

Mit der Änderung des Tierschutzgesetzes im Jahr 2013 wurde die betäubungslose Ferkelkastrierung zum 31.12.2018 verboten. Allerdings erlaubt das Tierschutzgesetz in § 5 schmerzhafte Eingriffe ohne Betäubung an weiteren Tieren, wie beispielsweise die Kastration von Rindern, Schafen und Ziegen bis zu einer gewissen Altersgrenze. Auch die Enthornung von Ziegen, das Kupieren des Schwanzes bei Ferkeln und Lämmern und das Abschleifen von Eckzähnen bei Ferkeln ist jeweils bis zu einer Altersgrenze im Einzelfall erlaubt. In der Praxis werden diese Manipulationen regulär und nicht nur in Einzelfällen angewendet. Auch wenige tage- oder wochenalte Tiere empfinden Schmerzen, daher sind die Eingriffe für die Tiere mit erheblichen Schmerzen und Leiden verbunden.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot von Amputationen/Manipulationen an Tieren und für die konsequente Umsetzung dieses Verbots einsetzen?

In der industriellen Tierhaltung besteht die Notwendigkeit aufgrund der Bestandsdichten und Bestandsgrößen gewisse Vorkehrungen zur Sicherheit und Gesunderhaltung der Tiere wie z.B. das Entthronen von Rindern in offenen Laufställen vorzunehmen. In Teilbereichen wie der Rinderhaltung wird dies nicht nur durch einen Eingriff, sondern auch durch züchterische Maßnahmen erreicht und hornlose Tiere bevorzugt gezüchtet. Eine Lösung sieht die AfD hier in der Umsetzung von praktikablen und tierschonenden Maßnahmen für tierhaltende Betriebe, wie dies im Einzelnen zu gestalten ist muss in Zusammenarbeit mit den Praktikern und Wissenschaftlern noch erarbeitet werden. Wir sehen die Lösung der Probleme nicht alleine darin, die Auswirkungen zu bekämpfen, sondern die Ursachen strukturell achtsam umzugestalten. Landwirtschaft und landwirtschaftliche Produktion sollte auch in kleineren landwirtschaftlichen Betrieben zukünftig möglich sein.

Erweiterung der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung

In der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung wird nicht explizit auf die Haltungsanforderungen für viele Nutztierarten eingegangen. So gelten beispielsweise keine genauen Vorschriften für die Haltung von Milchkühen, Ziegen, Schafen, Gänsen, Enten und Puten. Somit gibt es keine Verordnung, die die Haltung dieser Tiere rechtsverbindlich regelt, es existieren lediglich nicht-rechtsverbindliche Empfehlungen, Leitlinien oder freiwillige Verpflichtungen.

Wird sich Ihre Partei für die Formulierung von rechtsverbindlichen Haltungsanforderungen für Tierarten, die in der Tierschutz-Nutztierhaltungsverordnung nicht explizit aufgeführt werden, einsetzen?

Werden Sie sich dabei an den im TSchG § 2 aufgeführten Grundsätzen orientieren?

Wir, die AfD haben in unserem Grundlagenprogramm zu einem Bürokratieabbau verpflichtet. Bürokratieabbau darf sich dabei nicht nur auf eine bessere Ausgestaltung der Regeln beschränken, sondern beinhaltet auch eine Überprüfung der Notwendigkeit bestehender Regeln. Tierhaltung in kleineren Betrieben muss möglich bleiben und gerade diese Betriebe werden von einer überbordenden Bürokratie zum Aus gezwungen. Auch hier möchten wir den Focus anders legen, nicht die Auswirkungen mit Regelungsinhalten zu überschütten, sondern die Ursachen zur Lösung, maßvoll in eine andere, tiergerechtere Richtung zu lenken. Eine regionale Nahrungsmittelerzeugung mit Tierhaltung in landwirtschaftlichen Familienbetrieben oder auch in Kleinstbetrieben soll möglich sein. Die Vergangenheit zeigt, dass bei der Verschärfung der Regeln meist die industriellen Großstrukturen mit Ihrer finanziellen Macht die Nutznießer sind und selten die Tiere (Zertifikat nachhaltiger Fischfang- <https://www.oceancare.org/de/das-marine-stewardship-council-label-fuer-nachhaltige-fischerei-mscsteht-in-der-kritik/>)

Anbindehaltung von Rindern

Trotz eines Vorstoßes des Bundesrates im April 2016 ist die ganzjährige Anbindehaltung von Rindern in Deutschland weiterhin erlaubt. Dabei ist erwiesen, dass schon eine saisonale Anbindehaltung den Tieren erhebliche körperliche Schmerzen zufügt und sie in ihren arteigenen Verhaltensweisen behindert.

Wird sich Ihre Partei für ein Verbot der ganzjährigen wie auch der saisonalen Anbindehaltung von Kühen/Rindern einsetzen?

Zu dieser Detailfrage existiert im Moment noch kein Beschluss von Seiten der AfD.

Schlachtung

Durch Akkordarbeit und mangelnde Sachkenntnis beim Einsatz von Betäubungsgeräten kommt es in Schlachthöfen häufig zu Fehlbetäubungen. Dadurch werden Tiere bei vollem Bewusstsein geschlachtet.

Wird sich Ihre Partei für stärkere Kontrollen und Auflagen für Schlachthöfe, insbesondere im Bereich der Betäubung, einsetzen?

Im Zuge der Verschärfung der EU-Hygiene-Richtlinien mussten in der Vergangenheit viele kleine Schlachthöfe in den Kreisstädten geschlossen und abgerissen werden. Dies führte zu beträchtlichen Konzentrationsprozessen auf vergleichsweise wenige Schlachthöfe und eine Vergrößerung des Schlachtbetriebes mit einer Konzentration auf wenige Unternehmen. Bestehende Mitarbeiterstäbe von Kopfschlächtern und Hilfskräften wurden zugunsten von selbständigen Unternehmern aus Nachbarstaaten wie Bulgarien, Rumänien u.a. entlassen. Hier mit verstärkten Kontrollen und Auflagen von Seiten der Politik alleine zu reagieren, halten wir für verfehlt. Kleine

Schlachtbetriebe und regionale Betriebe müssen wieder möglich gemacht werden. Wir möchten die klein- und mittelständische Betriebe im Bereich der Fleischerzeugung wieder die Möglichkeit geben unternehmerisch und im Rahmen des Tierwohles tätig zu werden.

Verbot von Kastenständen

In vielen EU-Ländern ist die Haltung von Sauen im Kastenstand bereits verboten, in Deutschland wurde auf der Agrarministerkonferenz ein „weicher“ Ausstieg mit Übergangsfristen von bis zu 20 Jahren beschlossen. Bei der Kastenstandhaltung handelt es sich um eine tierquälerische Haltungspraktik, die die Sauen vollkommen in ihrer Bewegungsfähigkeit einschränkt.

Wird sich Ihre Partei für einen früheren und kompletten Ausstieg aus der Kastenstandhaltung ohne Ausnahmeregelungen einsetzen?

Zu dieser Detailfrage existiert im Moment noch kein Beschluss von Seiten der AfD. Wir werden diese Frage in den nächsten Monaten mit Tierschützern und Praktikern genauer beleuchten.

Lebensmittel

Kennzeichnung von Produkten mit verarbeiteten Eiern

Frische Eier müssen in Deutschland gekennzeichnet sein, sodass der Verbraucher sich leicht für oder gegen eine bestimmte Haltungsform der Hühner entscheiden kann. Sobald die Eier jedoch verarbeitet werden entfällt die Kennzeichnungspflicht und somit die Klarheit für den Verbraucher.

Wird sich Ihre Partei für eine Kennzeichnungspflicht von verarbeiteten Eiern in Lebensmitteln einsetzen?

Zu dieser Detailfrage existiert im Moment noch kein Beschluss von Seiten der AfD. Wir, die AfD haben in unserem Grundlagenprogramm zu einem Bürokratieabbau verpflichtet. Bürokratieabbau darf sich dabei nicht nur auf eine bessere Ausgestaltung der Regeln beschränken. Nutzen und Aufwand der Kennzeichnungspflicht für verarbeitete Eier in Lebensmitteln werden wir hierbei einer Prüfung unterziehen.

Generelle und einheitliche Kennzeichnung von tierischen Produkten

Immer mehr Verbraucher legen Wert auf die Herkunft ihrer Lebensmittel und die Haltung der lebensmittelliefernden Tiere, um basierend darauf ihre Kaufentscheidung zu treffen. Insbesondere bei tierischen Produkten gibt es viele verschiedene Kennzeichnungen bzw. Siegel von Erzeugern, dem Einzelhandel oder Tierschutzorganisationen. Eine einheitliche Kennzeichnung, in der die Haltungsform erkennbar wird, würde den Verbrauchern und somit auch den Tieren helfen.

Unterstützt Ihre Partei die Idee einer einheitlichen Kennzeichnung?

Zu dieser Detailfrage existiert im Moment noch kein Beschluss von Seiten der AfD. Wir, die AfD haben in unserem Grundlagenprogramm zu einem Bürokratieabbau verpflichtet. Bürokratieabbau darf sich dabei nicht nur auf eine bessere Ausgestaltung der Regeln beschränken. Nutzen und Aufwand der Kennzeichnungspflicht von tierischen Produkten werden wir hierbei einer Prüfung unterziehen.

Reduktion des Fleischkonsums und Einführung obligatorischer vegetarischer Gerichte in Kantinen/Mensen

Viele Studien haben bewiesen, dass der derzeitige Fleischkonsum der Bevölkerung zu hoch ist und nur durch immer intensivere Massentierhaltung gedeckt werden kann, was massives Tierleid nach sich zieht, aber auch massiv unsere Umwelt schädigt.

Wird sich Ihre Partei für die Reduktion des Fleischkonsums durch Aufklärung der Bürger einsetzen? Wie stehen Sie zu der Idee obligatorisch vegetarische Gerichte in Kantinen und Mensen einzuführen?

Zu den Zielen der Politik gehört das gedeihliche Miteinander der Marktteilnehmer durch Regeln und Vorschriften zu begleiten. Die Autonomie der Wirtschaftsbetriebe darf hierbei nur zum Schutz der Bürger oder in Notfällen beschnitten werden. Ein pauschaler Eingriff in die Preisfindung der Marktteilnehmer überschreitet unseres Erachtens die politische Kompetenz der Parteien und liegt solange nicht dringende anderweitige Gründe vorliegen in den Händen der Unternehmen.

Wildtiere

Wildtierverschwendung im Zirkus

Die artgerechte Haltung von Wildtieren stellt eine große Herausforderung dar, der selbst Zoos oft nicht gewachsen sind. Zirkusse können aufgrund des regelmäßig wechselnden Standortes die Anforderungen nicht erfüllen. Die im Jahr 2013 eingeführte Ermächtigung zur Einschränkung der Wildtierhaltung im Zirkus ist nicht weitreichend genug zum Schutz der Tiere.

Wird sich Ihre Partei für ein generelles Wildtierverschwendung im Zirkus einsetzen?

Die AfD hat in Ihrem Grundlagenprogramm festgelegt. Als fühlende Wesen haben Tiere Recht auf eine artgerechte Haltung im privaten wie im kommerziellen Bereich. Die gesetzlich vorgeschriebene, artgerechte Haltung von Tieren muss in der Landwirtschaft (bei nicht artgerechter Massentierhaltung), im Zoo, im Zirkus (Verbot der Haltung von großen Wildtieren), in Delphinarien und in der Haustierhaltung durchgesetzt werden.

Verbot von Delphinarien

Bereits in vielen Studien wurde nachgewiesen, dass Delfine hochintelligente Tiere sind. Die Haltung dieser Tiere in engen und eintönigen Becken zur Belustigung von Besuchern ist somit

Tierquälerei. In Deutschland gibt es noch zwei Delfinarien in den Zoos von Nürnberg und Duisburg.

Spricht sich Ihre Partei für ein Verbot der Haltung von Walen und Delfinen in Deutschland aus?

Die AfD hat in Ihrem Grundlagenprogramm festgelegt. Als fühlende Wesen haben Tiere Recht auf eine artgerechte Haltung im privaten wie im kommerziellen Bereich. Die gesetzlich vorgeschriebene, artgerechte Haltung von Tieren muss in der Landwirtschaft (bei nicht artgerechter Massentierhaltung), im Zoo, im Zirkus (Verbot der Haltung von großen Wildtieren), in Delphinarien und in der Haustierhaltung durchgesetzt werden.

Bundesjagdgesetz

Viele Jagdgesetze der Länder orientieren sich nicht an Nachhaltigkeit und Prinzipien des Tier-, Natur- und Artenschutzes. Auch das Bundesjagdgesetz gibt keine Vorgaben zu einer ökologischen Ausrichtung der Jagd.

a) Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, die Fallen- und Baujagd sowie die Jagd mit Schrot und Blei aus Tier- und Naturschutzgründen zu verbieten?

Eine gute Methode, die falsch oder unsachgemäß angewendet wird kann viel Leid und Not verursachen. Fallenjagd darf keine Verletzungen verursachen und gefangene Tiere quälen oder leiden lassen. Die Ablehnung von Tierleid in jeglicher Form finden sie bereits im Grundsatzprogramm der AfD. Damit sind Schlingen- oder Schlagfallen, die unter Umständen nur heftige Verletzungen hervorrufen, und die nicht sofort zum Tod des Tieres führen, abzulehnen. Für die Umsiedlung von Überpopulationen in aufnahmefähige Regionen ist Fallenjagd unabdingbar. Hier müssen die Erfahrungen, aus den einzelnen Bundesländer zusammengeführt werden und einen Hinweis für das Bundesjagdgesetz geben. Die Politik kann in diesen und ähnlichen Fällen nur die Rahmenbedingungen schaffen, die am Tierschutz auszurichten sind.

b) Unter Betrachtung der Jagdzeiten für alle jagdbaren Tiere ist die Jagd insgesamt im gesamten Jahr möglich. Dies führt zu erheblichen Störungen des Wildes, insbesondere in der Zeit der Paarung und der Jungtieraufzucht. Wird sich Ihre Partei dafür einsetzen, eine generelle und umfassende Schonzeit zwischen dem 15. Dezember und 15. September einzuführen und Treibjagden nur in den Monaten Oktober und November zu erlauben?

Zu dieser Detailfrage existiert im Moment noch kein Beschluss von Seiten der AfD.

c) Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, alle Vogelarten sowie bedrohte Tierarten von der Liste der Arten, die dem Jagdrecht unterliegen, zu streichen?

Zu dieser Detailfrage existiert im Moment noch kein Beschluss von Seiten der AfD.

Heimtiere

Bundesweite Kastrationspflicht für Freigängerkatzen

In deutschen Haushalten leben über 12 Millionen Katzen, die von ihren Besitzern zumeist gut versorgt werden. Dem gegenüber stehen etwa zwei Millionen Streunerkatzen, die täglich um ihr Überleben kämpfen müssen. Die unkastrierten Freigängerkatzen sorgen dafür, dass diese Zahl stetig steigt. Und mit ihr steigt nicht nur das Leid der Tiere, sondern auch die Kosten für die Tierheime und Vereine, welche die Streunerkatzen versorgen. Eine bundesweite, flächendeckende Kastrationspflicht kann dieses Problem deutlich verbessern. Eine Ermächtigung der Bundesländer selbst über eine Kastrationspflicht zu entscheiden hat nur dazu geführt, dass einzelne Länder die Entscheidung an Kreise und Kommunen übertragen haben.

Unterstützt Ihre Partei eine bundesweite und flächendeckende Kastrationspflicht für Freigängerkatzen?

Zu dieser Detailfrage existiert im Moment noch kein Beschluss von Seiten der AfD.

Bundesweites Haltungsverbot für Gefahrtiere

Die Haltung von Gefahrtieren wie Giftschlangen, Krokodile und Skorpione in privaten Haushalten birgt nicht nur Gefahren für den Halter selbst, sondern auch für Dritte. Immer wieder entweichen Tiere oder werden fahrlässig ausgesetzt. Tierheime oder Auffangstationen stoßen zunehmend an ihre Grenzen bei der Aufnahme und Versorgung der Tiere. Zudem können viele dieser Tiere nicht artgerecht gehalten werden.

Wie positioniert sich Ihre Partei zu einem bundesweiten Haltungsverbot für Gefahrtiere?

Die AfD hat in Ihrem Grundlagenprogramm festgelegt. Als fühlende Wesen haben Tiere Recht auf eine artgerechte Haltung im privaten wie im kommerziellen Bereich. Die gesetzlich vorgeschriebene, artgerechte Haltung von Tieren muss in der Landwirtschaft (bei nicht artgerechter Massentierhaltung), im Zoo, im Zirkus (Verbot der Haltung von großen Wildtieren), in Delphinarien und in der Haustierhaltung durchgesetzt werden. Zu der Detailfrage nach einem Haltungsverbot für Gefahrtiere wurde bislang noch kein Beschluss gefasst.

Verbot von Exotenbörsen

Die Zahl der Wildtierhaltungen in Privathaushalten ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen und dadurch auch die Zahl der Messen, auf denen die Exoten verkauft werden. Die Aufbewahrung der Tiere in kleinen Plastikdosen ohne jegliche Rückzugsmöglichkeiten verursacht erheblichen Stress für die Tiere. Zudem sind viele der angebotenen Tiere Naturentnahmen, wodurch den Ökosystemen in den Herkunftsländern ein erheblicher Schaden zugefügt wird und der Artenschutz deutlich erschwert wird. In Österreich wurden Exotenbörsen bereits verboten.

Unterstützt Ihre Partei ein Verbot von Exotenbörsen?

Die AfD hat in Ihrem Grundlagenprogramm festgelegt. Als fühlende Wesen haben Tiere Recht auf eine artgerechte Haltung im privaten wie im kommerziellen Bereich. Zu der Detailfrage zu einem Verbot von Exotenbörsen wurde bislang noch kein Beschluss gefasst.

Tierversuche

Tierversuche

Allein in Deutschland wurden 2015 fast 2,8 Millionen Tiere für Tierversuche verwendet. Dabei sind insbesondere Tierversuche für nicht-medizinische Produkte moralisch mehr als verwerflich. Aber auch die Versuche an Tieren für die Medizin sind nicht nur moralisch sehr fragwürdig, sondern auch noch ineffektiv, denn die Erfolgsquote für klinische Anwendung ist schwindend gering.

Wird sich Ihre Partei für eine deutliche Reduzierung oder sogar den kompletten Ersatz von Tierversuchen einsetzen?

Die Position der AfD wird hier deutlich in unserem Grundlagenprogramm aufgedrückt: Tiere sind Mitgeschöpfe und keine Sachgegenstände. Ausnahmen für grausame und unnötige Tierversuche darf es hier auch in der Wissenschaft nicht geben. In diesem Sinne werden wir das aktuelle Praxis der Tierversuche einer genaueren Überprüfung unterziehen und uns für erforderliche Änderungen einsetzen.

Förderung von Alternativmethoden

Mehrere Milliarden Euro stellt der Staat jährlich für Forschung an Tieren zur Verfügung, hingegen nur wenige Millionen Euro für die Forschung mit Alternativmethoden.

Wird sich Ihre Partei für die Erhöhung oder sogar Gleichstellung dieser Förderung einsetzen? Und setzen Sie sich für eine Verpflichtung zur Nutzung von Alternativmethoden ein, wenn diese bereits vorhanden sind?

Die Position der AfD wird hier deutlich in unserem Grundlagenprogramm aufgedrückt: Tiere sind Mitgeschöpfe und keine Sachgegenstände. Ausnahmen für grausame und unnötige Tierversuche darf es hier auch in der Wissenschaft nicht geben. Wir werden Ihre Frage aufnehmen und hierzu nach der Wahl eine verbindliche Position erarbeiten.

Mehr von Tierschutzorganisationen vorgeschlagene Mitglieder in Tierversuchskommissionen

Nach § 42 Absatz 2 der Tierschutz-Versuchstierverordnung müssen die Tierversuchskommissionen zu mindestens einem Drittel aus Mitgliedern berufen werden, die von Tierschutzorganisationen vorgeschlagen worden sind. Da ein Drittel jedoch nicht genügt um die Interessen des Tierschutzes zu vertreten, sollte die Anzahl der Mitglieder erhöht werden.

Unterstützt Ihre Partei die Erhöhung der von Tierschutzorganisationen vorgeschlagenen Mitglieder in den Tierversuchskommissionen auf beispielsweise die Hälfte?

Zu dieser Detailfrage existiert im Moment noch kein Beschluss von Seiten der AfD.

Pelz

Endgültiges Verbot von Pelztierfarmen

Durch die Änderung der Nutztierverordnung zur Pelztierhaltung hat ein Großteil der Pelztierfarmen bereits geschlossen. Einige Betriebe klagen aber noch gegen die Verordnung und dürfen solange ihren Betrieb weiterführen. Da Pelz ein unnötiges Luxusprodukt ist, für das die Tiere in der Produktion große Qualen ertragen müssen, sollte die Existenz solcher Farmen in einem Land wie Deutschland überdacht werden.

Setzt sich Ihre Partei für ein endgültiges Verbot von Pelztierfarmen in Deutschland ein?

Zu dieser Detailfrage existiert im Moment noch keine Position von Seiten der AfD.

Importverbot Pelz

Pelz ist ein Luxusartikel, der für unsere Bekleidung keine Notwendigkeit besitzt. Somit leiden Millionen Tiere vollkommen unnötig für dieses Luxusgut.

Wird sich Ihre Partei für ein Importverbot von Pelzen nach Deutschland aussprechen, um damit sinnloses Tierleid zu verhindern?

Zu dieser Detailfrage existiert im Moment noch keine Position von Seiten der AfD.